

Die Rolle der Migrantenorganisationen in der Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft

Mary Lange · Keywan Tonekaboni

Hinsichtlich der Gestaltung des Gemeinschaftslebens und der Bewältigung besonderer Herausforderungen arbeiten Kommunen mit zahlreichen Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen. Diese Strukturen sind meist lange gewachsen und umfassen beispielsweise Sportvereine, Kirchengemeinden, kulturelle Gruppen, Träger der Jugendarbeit und Wohlfahrtsverbände. Auch Migrantenorganisationen gewinnen als Kooperationspartner immer mehr an Bedeutung.

Das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen

Die Wahrnehmung von Migrant*innen im Allgemeinen und Migrantenorganisationen im Speziellen zu stärken war eines der Motive für die Gründung des Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) im Jahr 2008. Das LAMSA vertritt seither die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorwiegend auf Landesebene. Es versteht sich aber nicht nur als Ansprechpartner gegenüber der Landesregierung, sondern auch gegenüber allen relevanten Verbänden, Institutionen und Kommunen, sowie ähnlichen Migrantenorganisationen in anderen Bundesländern. Mit der zunehmenden Vernetzung und Professionalisierung gründete das LAMSA im März 2014 einen gemeinnützigen Verein, in dem derzeit knapp 90 Organisationen und Einzelpersonen vertreten sind. In Kooperation mit unterschiedlichen Partnern, von Kommunen über lokale Freiwilligen Agenturen bis hin zu Einrichtungen auf Landes- und Bundesebene, führt das LAMSA aktuell gut ein Dutzend Projekte im Bereich Migration und Integration durch.

In einem dieser Projekte – »Willkommenspartnerschaften von Kommunen und Migrantenorganisationen« - initiiert und begleitet das LAMSA die Etablierung einer Willkommenskultur in drei Kommunen in Sachsen-Anhalt. Dabei ist unter Willkommenskultur die »Grundhaltung der Offenheit und Akzeptanz gegenüber Migranten« (1) und Migrantinnen zu verstehen. Die Projektziele sind die Erhöhung der Attraktivität des Landes und - insbesondere der ländlichen Regionen - für Migrant*innen und deren Familien sowie die Interkulturelle Öffnung von Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen. Mittels der damit verbundenen Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft im Umgang mit Migrant*innen soll die Abwanderung dieser aus Sachsen-Anhalt verringert werden.

Situation in Sachsen-Anhalt

Ausgangslage des Projektes ist der demografische Wandel, von dem Sachsen-Anhalt stark betroffen ist. So beschreibt die 6. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Landes Sachsen-Anhalt, dass die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030 auf nur noch etwa zwei Millionen sinken wird (2). Sinkende Geburtenzahlen, die Abwanderung insbesondere junger Menschen bei gleichzeitigem Anstieg der über 60-Jährigen führt perspektivisch zu einer

drastischen Abnahme des Anteils der Erwerbstätigen. Die Destabilisierung wirtschaftlicher Strukturen, die Überbelastung sozialer Sicherungssysteme und der Rückbau der Infrastruktur zählen zu den negativen Folgen dieses demografischen Wandels. Insbesondere zur Fachkräftegewinnung und -sicherung rücken die Potenziale von Migrant*innen in den Fokus. Gleichzeitig führen europäische Arbeitsmigration und globale Flüchtlingsbewegungen zu einem Anstieg der Zuwanderung auch in Sachsen-Anhalt. So lebten 2015 in unserem Bundesland ca. 87.900 Personen aus dem Ausland, die höchste Zahl seit 16 Jahren (3). Doch mit knapp 4 % liegt die Quote der ausländischen Bevölkerung deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von gut 11 % (4). Dies spiegelt sich auch mit Blick auf die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund wider: Während diese in Sachsen-Anhalt 2014 mit 99.000 bei 4,4 % liegt, sind es bundesweit 20,3 % (5). Bei genauer Betrachtung der Statistiken zeigt sich, dass über die Hälfte der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt seit weniger als 8 Jahren hier lebt (6). Die meisten Migrant*innen verlassen das Bundesland wieder. Die Erfahrung bestätigt, dass das Fehlen einer dauerhaften Perspektive, Diskriminierungserfahrungen und ein mangelnder Zugang zum Arbeitsmarkt die Hauptgründe für den Weg- und Weiterzug dieser Bevölkerungsgruppe darstellen. Gerade vor diesem Hintergrund erklärt es sich, dass eine so heterogene Zusammensetzung von Migrantenorganisationen sich im LAMSA zu einem Netzwerk vereint hat.

Unter diesen Bedingungen ist die Etablierung einer Willkommenskultur notwendig, welche ohne die Einbindung von Migrantenorganisationen nicht nachhaltig möglich ist. Dabei existieren im Land bereits erfahrene Migrantenorganisationen, die im LAMSA aktiv sind und über vielfältige Erfahrungen hinsichtlich der Integrationsarbeit verfügen. Die Akzeptanz und Einbindung von Migrantenorganisationen als zivilgesellschaftliche Akteure zeigt die Motivation der Kommunen eine Willkommenskultur zu etablieren. Die Migrantenorganisationen wiederum verfügen über vielfältige Kompetenzen, die zur Steigerung der Attraktivität sowie der Zukunftsfähigkeit der Kommunen beitragen können.

Migrantenorganisationen bieten wertvolle Erfahrungen

Das Interesse der Migrantenorganisationen gilt häufig Fragen der Integration und der Partizipation in der Aufnahmegesellschaft. Von diesen Erfahrungen können Kommunen bei der Entwicklung integrationspolitischer Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Region für Migrant*innen profitieren. Die Mitglieder der Migrantenorganisationen kennen den Integrationsprozess und wissen meist aus eigenem Erleben, wo die Hemmnisse liegen und sind mit den Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft vertraut. Diese Erfahrungen sind essentiell um die Wiederholung vergangener Fehler bei der Integration zu vermeiden.

Migrantenorganisationen können wegen ihrer Kenntnisse der Herkunftsländer integrative Entwicklungsprozesse in der Kommune direkt anstoßen und vorantreiben. Derart spezifische Ressourcen können einen Vorteil gegenüber etablierten Akteuren der Zivilgesellschaft darstellen und gewinnbringend in Kooperationen mit diesen eingesetzt werden. Im Idealfall wird durch die Zusammenarbeit der tatsächliche Bedarf von Migrant*innen erkannt, vorhandene Kompetenzen wertgeschätzt und ein paternalistisches Angebot vermieden.

Kommunen in der Pflicht

Die Kompetenzen der Migrantenorganisationen müssen jedoch durch die Kommunen sowie von etablierten Akteuren vor Ort angenommen werden. Dies bedeutet aber nicht, dass Migrantenorganisationen ihre Erfahrungen lediglich teilen und nicht aktiv in Prozesse eingebunden sind. Kommunen sollten nicht in einer Wartehaltung verharren bis sie von Migrantenorganisationen angesprochen werden. Teilweise haben Migrantenorganisationen in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass ihr Engagement auf Ignoranz bis hin zu Widerstand stieß. Vielmehr sollten Kommunen sich selbst in der Pflicht sehen, auf Migrantenorganisationen zuzugehen und diese von Beginn an einzubeziehen sowie deren Eigeninitiativen zu unterstützen. Vermittler innerhalb der Kommune, z.B. aus Politik und Verwaltung, können dabei helfen Vorbehalte und Hemmnisse in den etablierten Strukturen abzubauen und Kontakte zu initiieren. Vorgesetzte die eine positive Haltung einnehmen, können als Multiplikator*innen fungieren und die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen befördern.

Migrantenorganisationen ermöglichen Perspektivwechsel

Migrantenorganisationen verfügen über den Zugang zum kulturellen Verständnis der Mehrheitsgesellschaft einerseits und der Menschen mit Migrationshintergrund andererseits. Sie kennen verschiedene Perspektiven und können diese einnehmen. Somit sind sie in der Lage ungewollte Ungleichbehandlung im gemeinsamen Leben zu erkennen und aufzuzeigen. Sie vermitteln Strategien und Lösungsansätze für ein friedliches und produktives Zusammenleben und Lernen. Eine solche interkulturelle Vermittlung war der Beratungsprozess mit einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, bei der den Bedenken des Vermieters hinsichtlich Geflüchteter als potenzielle Mieter begegnet werden konnte. Beispielweise verbot der Vermieter aus Brandschutzgründen das Abstellen der Schuhe im Treppenhaus, da dieser als Fluchtweg dient. Einige Mieter mit arabischer Herkunft wollen jedoch aus hygienischen Gründen die schmutzigen Schuhe außerhalb der Wohnung aufbewahren. Durch die beidseitige Kommunikation der jeweilig nachvollziehbaren Intentionen, kann zunächst Verständnis geweckt und in einem zweiten Schritt eine einvernehmliche Lösung gefunden werden, wie etwa ein spezieller Abstellbereich im Eingangsbereich der Wohnung.

Nicht zuletzt verfügen Migrantenorganisationen über fremdsprachliche Ressourcen, die bei Übersetzungen und in der Förderung der sprachlichen Vielfalt in der Kommune eingesetzt werden können. Sie tragen zu einer positiven Wahrnehmung von Bilingualität in der Öffentlichkeit bei und unterstützen lebenslange Lernprozesse und sprachliche Verständigungsmöglichkeiten in einer globalisierten Lebenswelt. Als beispielhaftes LAMSA-Projekt haben sich die »Sprachmittler in Sachsen-Anhalt« (SISA) auf Landesebene etablieren können. Im Rahmen dessen wird die Bilingualität von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt, um beispielsweise telefonisch bei Kommunikationsproblemen zu vermitteln. Zudem bieten die Sprachmittler*innen auch Begleitung zu Terminen, wie z.B. zu Behördengängen oder Arztbesuchen an. Durch die Sprachmittlung bei Veranstaltungen wird durch das Nutzen dieser Kompetenzen der Zugang für Migrant*innen, welche die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschen, gewährleistet und somit deren Teilhabe verbessert.

Partnerschaftliche Kooperation statt Dienstleistung

Wichtig ist zu betonen, dass die ehrenamtlichen Sprachmittler*innen vornehmlich ein Unterstützungsangebot für diese Zielgruppe sind. Es ist vereinzelt zu beobachten, dass Behörden und Institutionen dieses Angebot als professionellen Service für ihre eigene Arbeit missverstehen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Migrant*innenorganisationen – wie andere ehrenamtliche Strukturen – nicht als reine Dienstleister herangezogen dürfen. Der partnerschaftliche Nutzen von Ressourcen und Kompetenzen darf nicht in eine hierarchische Ausbeutung dieser umschlagen. Die Kommunen dürfen eigene Anstrengungen bei der Einbindung von Migrant*innenorganisationen nicht zurücknehmen. Dies kann im konkreten Fall die Vereinfachung der eigenen mündlichen und schriftlichen Kommunikation sein oder die Einstellung von Migrant*innen als haupt- oder nebenberufliche Sprachmittler*innen im Jobcenter, Behörden und ähnlichen Einrichtungen.

Außerdem haben Migrant*innenorganisationen internationale und interreligiöse Kontakte, welche es ermöglichen, Kulturen und Religionen authentisch zu erleben und sich über unterschiedliche sowie gemeinsame Vorstellungen auszutauschen. Bereits geläufig ist der paradoxe Zusammenhang zwischen niedrigem Anteil von Migrant*innen an der Gesamtbevölkerung und verhältnismäßig hohem Anteil von Vorbehalten bis hin zu offener Xenophobie. Begegnung und ein damit verbundenes gegenseitiges Kennenlernen können dabei helfen mögliche Ängste und eventuell bestehende Vorurteile abzubauen. Wichtig dabei ist, dass Migrant*innenorganisationen als Partner auf Augenhöhe in die Planung und Durchführung der Begegnung eingebunden werden und nicht zum exotischen Schmuckwerk degradiert werden.

Übergreifende Strukturen nutzen

Jedoch sind nicht in jeder Kommune Migrant*innenorganisationen ansässig. In diesem Fall ist es ratsam auf Strukturen in größeren Nachbarstädten oder auf Landesebene zurückzugreifen. So finden beispielsweise in zwei Kommunen, in denen keine Migrant*innenorganisation aktiv sind und welche das LAMSA hinsichtlich der Etablierung von Willkommenskultur vor Ort begleitet, interkulturelle Begegnungstage statt. Geflüchtete und Einheimische erhalten – teilweise mit Unterstützung von Sprachmittler*innen – die Gelegenheit, sich gegenseitig kennenzulernen. Neben gemeinsamen sportlichen Aktivitäten und Musizieren finden zudem Ortserkundungen statt. Letztere werden im Rahmen von Patenschaften umgesetzt, welche ein Einheimischer oder eine Einheimische mit jeweils einer geflüchteten Person eingeht.

Wenn es gelingt, die Migrant*innenorganisationen als starke Partner mit lokalen Akteuren in der Kommune zusammenzubringen, kann eine strategische Ausrichtung von Aktivitäten der Willkommenskultur erreicht werden. Zielgruppenorientierte Maßnahmen können dazu führen, dass sich Migrant*innen mit ihrer Region identifizieren, dass sie in das bürgerschaftliche Engagement eingebunden werden und so die Attraktivität der Kommune für Zuwandernde gesteigert wird. Gleichzeitig kann eine Öffnung der Gesellschaft angeregt werden, bei der die Leistungen von Migrant*innen und Migrant*innen anerkannt werden. Letztlich kann dies dazu beitragen, die Menschen vor Ort auf eine sich wandelnde Gesellschaft vorzubereiten.

Anmerkungen

- (1) Heckmann 2012, S. 1
- (2) vgl. Staatskanzlei 2016
- (3) Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2016
- (4) Vgl. Statistisches Bundesamt 2016a
- (5) ebd.
- (6) Vgl. Statistisches Bundesamt 2016b, S.11

Literatur

Heckmann, Friedrich (2012): Was bedeutet »Willkommenskultur«?; Friedrich Heckmann; Internationale Analysen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Moskau; April 2014;
http://www.fesmos.ru/netcat_files/246/287/Heckmann_Final_Marcel_Freigabe_Traub_f_r_Homepage.pdf
[Stand: 06.08.2016]

Staatskanzlei 2016: »Landesentwicklungsminister Webel: Bevölkerungszahlen in Sachsen-Anhalt stabilisieren sich«, Staatskanzlei - Pressemitteilung Nr.: 278/2016, Magdeburg, den 26. Juli 2016

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2016): Bevölkerung insgesamt, Deutsche und Ausländer nach Kreisen am 31.12.2015. URL: https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/124/12411/aktuell-Deutsche_Auslaender_nach_Kreisen.html
[Stand: 06.08.2016]

Statistisches Bundesamt 2016a: Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Bevölkerung 2014 nach Migrationshintergrund und Ländern laut Mikrozensus 2014
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Tabellen/MigrationshintergrundLaender.html> [Stand: 10.08.2016]

Statistisches Bundesamt 2016b: Fachserie 1 Reihe 2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, S. 11, Ausländische Bevölkerung am 31.12.2015 nach Bundesländern und Aufenthaltsdauer.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157004.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 10.08.2016]

Autor*innen

Mary Lange und **Keywan Tonekaboni** arbeiten beim LAMSA e.V. im Projekt »Willkommenspartnerschaften von Kommunen und Migrantenorganisationen«. Sie begleiten innerhalb des Projektes drei Kommunen in Sachsen-Anhalt und koordinieren die in diesem Rahmen initiierten Aktivitäten.

Kontakt:

Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.

Bernburger Straße 25a

06108 Halle (Saale)

Fax: 0 345 / 51 59 41 55

E-Mail: info@lamsa.de

Internet: www.lamsa.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de